



Analysen und Argumente

aus der Konrad-Adenauer-Stiftung

20/2005

[Mai 2005]

Die Krise der GUS: Demokratisierung versus russische Dominanz?

von Heinrich Schwabecher (ext.)

Inhalt

1. Einleitung und Empfehlung	Seite 1
2. Die russisch-weißrussischen Beziehungen	Seite 2
3. GUUAM-Gipfel	Seite 3
4. Die Zukunft der GUS	Seite 4
5. Fazit	Seite 6
6. Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung	Seite 8

1. Einleitung und Empfehlung

Seit April des Jahres 2005 überschlagen sich die Ereignisse im postsowjetischen Raum wie selten zuvor in den vergangenen zehn Jahren. Die Angst oder Hoffnung vor „farbigen Revolutionen“ beherrscht die politischen Kreise in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Innerhalb eines Monats

besuchte der „letzte Diktator Europas“, der weißrussische Präsident Lukaschenko, zwei Mal Russland und führte Gespräche mit Präsident Putin über die Zukunft der Union Russland-Weißrussland und der GUS. Gleichzeitig versammelten sich aber auch die GUS-Präsidenten Aserbaidschans, Georgiens, Moldawiens und der Ukraine und revitalisierten deren zwischenstaatliche Vereinigung GUUAM (nach den Anfangsbuchstaben der Gründungsmitglieder Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidshan und Moldawien) – diesmal auf demokratischer Basis. Hier zeichnet sich eine Spaltung im postsowjetischen Raum ab, die weitreichende Konsequenzen für die Beziehungen Russlands zu (West)-Europa und zu den USA hat. Gerade das Verhalten Russlands sollte in den kommenden Monaten genau verfolgt werden.

2. Die russisch-weißrussischen Beziehungen

Russland pflegt weiterhin gute Beziehungen zu Weißrussland und wirbt für diese Partnerschaft, obgleich das Regime in Minsk allgemein als die letzte Diktatur Europas gesehen wird. Zu den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und zum Verschwinden der Oppositionellen in Weißrussland gibt das offizielle Moskau keine Stellungnahme ab. Allgemein wird die russisch-weißrussische Partnerschaft als Zweckbündnis interpretiert, vor allem vom Wunsch beider Länder getrieben, sich vor den „farbigen Revolutionen“ in Georgien, der Ukraine oder Kirgisien zu schützen.

Am 4. April 2005 besuchte der weißrussische Präsident Lukaschenko den russischen Präsidenten Putin auf dessen Einladung in Sotschi. Putin erhoffte primär eine Lösung von Einzelfragen der russisch-weißrussischen Union, um die Integration beider Staaten im politischen, militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu beschleunigen. Die Agenda zwischen den beiden Präsidenten hatte sich seit 2000 kaum verändert: nach wie vor waren die Kernprobleme "Verfassung", "gemeinsame Währung" und "Zusammenarbeit im Energiebereich". Darüber hinaus standen Fragen der gemeinsamen Sicherheitspolitik und der Zukunft der GUS auf der Agenda. Allerdings konnte auf keinem Feld eine Einigung erzielt werden – weder im Bereich der Partnerschaft, noch mit Blick auf Perspektiven der GUS. Eher schwammig sprach man sich für die GUS als ein Konsultationsorgan auf der höheren Ebene aus. Russische Medien interpretierten das vor allem als eine Niederlage Putins.

Wenige Tage später, am 22. April, trafen sich die Präsidenten Putin und Lukaschenko erneut im Rahmen der Sitzung des Staatsrates der Union Russland-Weißrussland. Die gleichen Fragen standen auf der Tagesordnung des Gipfeltreffens. Am Ende der Sitzung wurden insgesamt 15 Dokumente

unterschrieben. Einzig bedeutend davon war die Vereinbarung in der Frage der gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik, in der eine künftig engere Zusammenarbeit auf diesem Feld beschlossen wurde.

Dieses zweite Gipfeltreffen schien zunächst als ein positives Zeichen für die angestrebte Union von Russland und Weißrussland. Aber schon wenige Tage später, am 26. April, erklärte Lukaschenko, dass er nicht bereit sei den russischen Weg zu gehen. Am 28. April erklärte der Vorstandsvorsitzende der weißrussischen Nationalbank, Pjotr Prokopowitsch, dass die geplante gemeinsame Währung beider Länder nicht wie geplant zum 1. Januar 2006 eingeführt werden könne.

Aus den beiden Treffen wurde deutlich, dass Russland den Schwerpunkt auf die wirtschaftlichen Beziehungen legt, während Weißrussland mehr an einer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Russland interessiert ist. Dieses Interesse ist vor allem durch die Angst vor einer möglichen Revolution und durch die wachsende Rolle der USA in der Region geprägt. Das wiederentdeckte Interesse Lukaschenkos an der Union mit Russland und sein ständiges „Hin- und Herspringen“ ist durchaus verständlich. Er versucht den Spagat zwischen zwei gegensätzlichen Interessen. Einerseits sucht er die Nähe Russlands zum eigenen Machterhalt und als Schutz vor politischen Veränderungen im eigenen Land. Andererseits fürchtet er, durch zu große Nähe seine Souveränität an Russland zu verlieren.

3. GUUAM-Gipfel

Am 22. April, dem gleichen Tag als Putin und Lukaschenko in Moskau über das Schicksal der Union Russland-Weißrussland und der GUS verhandelten, versammelten sich in der moldawischen Hauptstadt Chisinau die Präsidenten aus anderen GUS-Staaten Aserbaidschan, Georgien, Moldawien und der Ukraine und eröffneten den GUUAM-Gipfel. Der usbekische Präsident Islam Karimow war mit den Zielen und Prinzipien des Gipfels nicht einverstanden und verweigerte seine Teilnahme (am 5. Mai erklärte Usbekistan seinen Austritt aus der GUUAM). Als Beobachter nahmen an der Konferenz die Präsidenten Lettlands und Rumäniens, sowie der US-Botschafter Steven Mann und der OSZE-Generalsekretär Jan Kubis teil. Russland wurde zum Gipfeltreffen nicht eingeladen.

Auf der Tagesordnung standen Fragen der Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität, die Verbreitung der demokratischen Prinzipien und

nicht zuletzt die Lösung der langjährigen Konflikte im postsowjetischen Raum, nämlich Transnistrien, Berg Karabakh, Abchasien, Süd Ossetien. Bislang hatte Russland die führende Rolle bei der Lösung der Konflikte inne gehabt. Die Initiative in den wichtigsten Fragen übernahm der ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko. Er schlug einen „Sieben-Schritte-Plan“ für die Lösung des Konfliktes zwischen Moldawien und Transnistrien vor. Weiterhin wurde auf die Initiative Juschtschenkos beschlossen, aus der Staatsgemeinschaft „GUUAM“ eine internationale Organisation mit entsprechenden Institutionen und eigenen Streitkräften zu machen, die als Garant und Grundlage für weitere demokratische Entwicklungen in der schwarzmeer-kaspischen Region gelten kann. Sie soll auf drei Säulen beruhen: Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit.

Lukaschenko und Weißrussland wurden auf dem Gipfel scharf kritisiert. Die GUAAM-Teilnehmer gaben unmissverständlich zu verstehen, dass eine „farbige Revolution“ in Weißrussland begrüßt und mit allen Kräften unterstützt würde. Russland wurde seitens des georgischen Präsidenten aufgefordert, seine Truppen aus Georgien und Moldawien abzuziehen. Weiterhin wurde vereinbart, dass GUUAM sich in seinen drei Säulen (Demokratie, Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung) an den USA und der EU orientieren soll. Am Ende des Gipfels wurden zwei Erklärungen unterschrieben: „Für Demokratie, Stabilität und Entwicklung“ und „Schaffung einer Demokratie vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer“.

4. Die Zukunft der GUS

Sowohl die „farbigen Revolutionen“ als auch die versuchte Integration zwischen Russland und Weißrussland und die Wiederbelebung der GUUAM deuten auf eine Krise der GUS hin. Schon im Vorfeld der russisch-weißrussischen Treffen (bei denen es ja auch um die Perspektiven der GUS gehen sollte) hatte Putin während eines Besuches in Armenien überraschend erklärt, die GUS sei dafür geschaffen worden, um den Zerfall der Sowjetunion auf friedliche Weise zu unterstützen. Wenn irgend jemand – so Putin – von der GUS irgendwelche besonderen Leistungen erhofft hätte, so wären dies schlicht zu hohe Erwartungen gewesen. Nach Meinung des russischen Präsidenten ist die GUS zu einem Club des Informationsaustausches geworden. Diese Aussagen waren deshalb überraschend, weil Russland bis dahin immer die Relevanz der GUS verteidigt und gerechtfertigt hatte. Der Wandel in der russischen Position wurde teilweise als Signal für die Freiheit der GUS-Staaten

verstanden und eröffnete eine Diskussion über die Zukunft der "Gemeinschaft Unabhängiger Staaten".

Derzeit werden in Russland drei Möglichkeiten für die zukünftige Entwicklung der GUS diskutiert. Nach der ersten Möglichkeit soll die GUS in ihrer bisherigen Form als eine Institution für den informellen Dialog bestehen bleiben. Der zweiten Möglichkeit zufolge sollen unwillige Staaten „entlassen“ und aus den übrig gebliebenen Mitgliedern ein neuer GUS-Integrationskern geschaffen werden. Die dritte Möglichkeit sieht vor, die GUS als eine kostspielige und ineffektive Institution aufzulösen. Russland bevorzugt offensichtlich eine der ersten beiden Varianten. Dafür spricht die Intensivierung der Gespräche mit Weißrussland und der Unwille der russischen Führung, die kaum noch existente GUS endgültig für tot zu erklären.

Wenn die erste Variante keine gravierenden Veränderungen beinhaltet, so würde die zweite Variante mehrere Konsequenzen mit sich bringen. Die Staaten, welche die GUS verlassen würden, wären vor allem die GUUAM-Staaten. Für diese Länder, die sich offen für demokratische Werte und westliche Integration bekannt haben, ist die GUS-Mitgliedschaft nichts weiter als ein Hindernis auf dem Weg nach Europa. Übrig blieben Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Alle sind mehr oder weniger autoritäre Regime, die noch eine gewisse starke Loyalität zu Moskau zeigen. Will Russland die GUS in einer neuen Form wiederbeleben, so müsste man mit den letzten totalitären Regimen im postsowjetischen Raum eng zusammenarbeiten – was für Russland mit einem erheblichen internationalen Image-Schaden einher ginge. Aber selbst das wäre keine Garantie, dass dieses Gebilde lange überleben könnte, da weitere mögliche Regimewechsel und „farbige Revolutionen“ wahrscheinlich sind. Da „farbige Revolutionen“ immer durch Wahlen ausgelöst wurden, sind die nächsten Jahre besonders kritisch. Eine Vielzahl von Wahlen stehen an: Aserbaidschan – November 2005, Armenien – 2007 (Parlamentswahlen) und 2008 (Präsidentenwahlen), Weißrussland – Juni 2006, Kasachstan – Dezember 2006, Tadschikistan – November 2006, Usbekistan – 2007. Selbst vor konkreten Wahlterminen sind revolutionäre Entwicklungen denkbar, wie die traurigen Ereignisse der vergangenen Tage in Usbekistan gezeigt haben. Allein in Turkmenistan stehen die Chancen für eine „farbige Revolution“ offenbar schlecht, da der „Vater aller Turkmenen“, Saparmurat Nijasow, die Opposition gesetzlich verboten hat.

Kommt es zu weiteren Demokratisierungsbewegungen, so würde sich die Anzahl der GUUAM-Mitgliedstaaten vergrößern. Russland wäre in diesem Fall von den demokratischen Staaten geradezu umzingelt und wäre gezwungen die

Beziehungen mit diesen Ländern auf demokratischer Basis aufzubauen. Dies würde gleichzeitig die Schwächung der autoritären Tendenzen und Kräfte in Russland bedeuten. Diese befürchten, dass GUAAM – im Unterschied zu Russlands GUS – sowohl eine Integrationsidee, als auch finanzielle und politische Unterstützung bietet. Die dritte Variante – die Auflösung der GUS – wurde bisher meist mit der Begründung abgelehnt, dass in der Region ein Machtvakuum entstehen würde. Spätestens nach dem GUUAM Gipfel ist klar, dass dieses Vakuum durch GUUAM aufgefüllt werden könnte.

Die „farbigen Revolutionen“ in Georgien, der Ukraine und in Kirgisien, die antirussischen Stimmungen in weiteren Staaten und die russisch-weißrussischen bzw. der GUUAM-Gipfel zeigen zweierlei: zum einen ist die russische Politik im postsowjetischen Raum weitgehend gescheitert. Zum anderen entstehen in diesem Raum zwei konkurrierende Lager, von denen sich eines in die zentralistisch-autoritäre Richtung bewegt (Russland-Weißrussland), das andere (GUUAM) in Richtung auf Demokratisierung und europäische Integration.

5. Fazit

Nach der Demokratisierungswelle im postsowjetischen Raum befindet sich die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) in einer tiefen Krise, die allen politischen Akteuren in den letzten Monaten deutlich geworden ist. Die Suche der neuen, „farbigen“ Staaten nach einer demokratischen Alternative zur GUS und die Konsolidierung der übrigen autoritären Staaten zeigen deutlich die ideologische Spaltung der GUS. Je mehr sich die neuen demokratischen Staaten in Richtung auf Europa bewegen, desto intensiver versucht sich die andere Seite durch zentralistische und autoritäre Tendenzen vor dem Virus der Demokratie zu schützen. Beide Prozesse sind miteinander unvereinbar.

Obwohl die Feierlichkeiten in Moskau zum Jahrestag des Kriegsendes harmonisch verlaufen sind und Präsident George W. Bush den russischen Präsidenten als einen Freund bezeichnet hatte, werden die Interessenkonflikte zwischen „dem Westen“ und Russland im postsowjetischen Raum immer offensichtlicher. Die tragischen Geschehnisse der letzten Tage in Usbekistan haben erneut die Meinungsverschiedenheiten Russlands und „des Westens“ offenbart. Während die EU und die USA die usbekische Regierung für die blutigen Unruhen verantwortlich gemacht haben, erklärte das russische Außenministerium seine Solidarität mit seinem „strategischen Partner“ und „Freund“ Usbekistan und beschuldigte die Extremisten, „nichtkonstitutionelle Mittel“ und Gewalt für ihre politischen Ziele zu nutzen.

Die neue Demokratisierungswelle im postsowjetischen Raum wird von den USA durch wirtschaftliche und politische Anreize intensiv unterstützt. Dadurch nimmt die Rolle Amerikas kontinuierlich zu – auch mit Blick auf die GUAAM. Schon im Vorfeld des Gipfels begrüßte die US-Administration die ukrainische Initiative und lobte danach die Ergebnisse des Treffens. Auch gegenüber Weißrussland nahmen die USA eine klare Position ein. Am 20. April, im Vorfeld des Russland-Besuches, erklärte die US-Außenministerin, dass Weißrussland eine Diktatur und damit nicht integrierbar sei und dass das weißrussische Volk etwas Besseres verdient hätte. Einen Tag später traf sich Condoleezza Rice in Vilnius mit weißrussischen Oppositionellen und versprach ihnen amerikanische Unterstützung bei den nächsten Präsidentschaftswahlen am 20. Juni 2006. Dies bestätigte der amerikanische Senat, indem er fünf Millionen Dollar für die Unterstützung der Demokratie in Weißrussland bewilligte.

Diese Politik der USA stößt in Moskau auf strikte Ablehnung. Der russische Außenminister Lawrow erklärte, dass Versuche, die Staatssysteme mit Gewalt zu ersetzen, nicht hinnehmbar seien. Demokratische Prinzipien könnten nicht von außen erzwungen werden, erklärte Lawrow. Er bekräftigte außerdem noch einmal den Wunsch Russlands nach einer wirtschaftlichen und sozialen Integration mit Weißrussland. Am 12. Mai beschuldigte Nikolaj Patruschew, Direktor des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB (Föderaler Sicherheitsdienst), die westlichen Geheimdienste, sich hinter der Arbeit der westlichen Nichtregierungsorganisationen zu verstecken. Sie würden mit „nicht-traditionellen Methoden“ die „farbigen Revolutionen“ im postsowjetischen Raum politisch und finanziell unterstützen, um dadurch den russischen Einfluss in traditionell russischen Regionen einzuschränken.

Offenbar drohen erhebliche Spannungen nicht nur aus dem Zusammenprall unterschiedlicher Interessen innerhalb des postsowjetischen Raumes, sondern auch durch die Konfrontation russischer und amerikanischer Interessen in der Region.

**6. Ihre Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung
Hauptabteilung Politik und Beratung:**

Dr. Karl-Heinz Kamp
Leiter Arbeitsgruppe Europa und
Außenpolitik
Wichmannstr. 7
10907 Berlin
E-Mail: karl-heinz.kamp@kas.de
Telefon: +49 30 26996-510